



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/197 - 27.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 800

Bundes-CDU gegen Saar-Deutsche

r - In erster Linie ist es natürlich Sache der deutschen Parteien an der Saar, sich zu der aufsehenerregenden Stellungnahme der CDU vom Freitag zu äussern, die noch lange nachwirken wird. Die Feststellungen, die sich gegen die deutschen Parteien und ihre Kampfführung und für das Saarstatut aussprechen, sind hochoffiziell, der Kanzler selbst habe sie, so wurde gesagt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU gebilligt. Das schliesst natürlich seine Zustimmung als Kanzler ein, denn es wäre absurd, in diesem Punkt gewissermassen eine Aufteilung seiner Persönlichkeit in Staats- und Parteifunktionär vorzunehmen.

Die deutschen Parteien an der Saar haben dann auch sofort reagiert und zwar mehr oder weniger verständnislos und ablehnend. Es ist ja das besonders erfreuliche Kennzeichen des Wahlkampfes an der Saar, dass unter den deutschen Parteien ein fast vollkommener Burgfrieden herrscht, dass man sich in allen entscheidenden Fragen der augenblicklichen Auseinandersetzungen einig ist.

Deshalb wird es auch als besonders schmerzlich und peinlich empfunden, dass die stärkste Regierungspartei im Bunde und Dr. Adenauer selbst sich gegen die Haltung und die Auffassungen der Deutschgesinnten an der Saar gewandt haben. Auch der entschuldigende Hinweis auf aussenpolitische Rücksichten überzeugt nicht, auch wenn man zugeben muss, dass die Position Adenauers in dieser Hinsicht recht delikate ist. Aber auch diese Position hat er sich selbst geschaffen.

Paris hat der französischen Befriedigung über die Erklärung Ausdruck gegeben, Hoffmann selbst hat sie nachdrücklich begrüsst, die Parteien, die ihn stützen, haben sie sämtlich gross aufgemacht und zustimmend kommentiert. Damit wird erneut unterstrichen, wie widersinnig es seinerzeit von der CDU war, die erste sensationelle Stellungnahme für das Saarstatut damit zu begründen, man wolle auf diese Weise für das Verschwinden Hoffmanns sorgen. In Wirklichkeit geschieht auch durch die jetzige Erklärung der Bundes-CDU und ihres Vorsitzenden genau das Gegenteil.

Unrealistisch und ganz formalistisch ist schliesslich die von der CDU vertretene Meinung, die Entscheidung über das Saarstatut sei keine Entscheidung für oder gegen Hoffmann. Dazu hat Thomas Dehler sehr richtig bemerkt, selbstverständlich sei der Abstimmungskampf gleichzeitig ein Kampf für oder gegen Johannes Hoffmann, in dessen Person sich die Politik der Loslösung der Saar von Deutschland seit 1945 verkörpere. Und dieser Kampf wird gegen Hoffmann ausgehen, ob dies Ergebnis nun etwas früher oder später eintritt.

+ + +

- 2 -

Soziale Sicherung für das ganze Volk

R.H. Stockholm

Die schon seit langem fällige Reformierung der Sozialgesetzgebung in der Bundesrepublik lässt es angebracht erscheinen, auf das bewährte schwedische Sozialsystem zu verweisen, das nicht nur die Lohn- und Gehalts-Empfänger erfasst, sondern sich auf alle Staatsbürger erstreckt und daher zu einem Anliegen des ganzen Volkes geworden ist. Diese Tatsache hat weitreichende Folgen.

Das gemeinsame Interesse an der Sozialgesetzgebung führte vor allem Stadt und Land zueinander. Die schwedische Bauernpartei z.B. pflegt in ihren Wahlprogrammen den Ausbau der Sozialgesetzgebung als eine Hauptforderung zu bezeichnen. Es ist kein Wunder, dass diese Partei, als sie vor der Entscheidung stand, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien gegen die regierende Sozialdemokratie aufzutreten oder mit dieser zusammen eine Koalitionsregierung zu bilden, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vorzog, umso eher, als diese schon früher dafür eingetreten waren, dass der Bauernstand genau so wie die Arbeiterschaft an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben sollte. Tatsächlich sind die Einkommen beider Schichten im Laufe der Jahre weitgehend angeglichen worden. Die schwedischen Landwirte erfreuen sich einer Einkommenssicherung wie nie zuvor. Ihre Höfe werden mit staatlicher Hilfe modernisiert. Ihr Maschinenpark und ihre wissenschaftlich untermauerten Anbaumethoden sind vorbildlich.

Die Rücksichtnahme auf die Sonderinteressen der Bauernpartei mögen der sozialdemokratischen Partei mitunter die Lösung wirtschaftlicher Probleme erschweren, wie z.B. die Erhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes bei Vollbeschäftigung, die Förderung des Außenhandels u.a. Aber die Zusammenarbeit ist gleichzeitig ein Ausdruck dafür, dass die Regierungspolitik nicht einseitigen Klasseninteressen dient, sondern auf das Wohlergehen des ganzen Volkes bedacht ist.

Dass die Sozialgesetzgebung nicht nur für Lohn- und Gehalts-Empfänger besteht, hat aber auch dazu beigetragen, dass das schwedi-

sche Sozialsystem heute - wenn man von einigen konservativen Kreisen absieht - für das ganze Volk zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Auch wenn der sehr unwahrscheinliche Fall einträte, dass die sozialdemokratisch-bäuerliche von einer rein bürgerlichen Regierung abgelöst würde, könnte eine solche Regierung das Sozialsystem nicht mehr abbauen, weil sie sich durch eine solche Massnahme mit der großen Mehrheit ihrer eigenen Anhänger verfeinden würde. Die großen Sozialgesetze des letzten Jahrzehnts sind in Schweden übrigens von allen Parteien gutgeheissen worden.

Das schwedische Sozialsystem ist natürlich auch Belastungsproben ausgesetzt. Lücken sind unvermeidlich und führen zu vereinzelt Ungerechtigkeiten. Ein schwedischer Unternehmer z.B., welcher seine Bilanz so arg frisiert, dass sein ausgewiesener Reingewinn nur unbedeutend ist, kann für seine Familie eine Reihe von Sozialmassnahmen beanspruchen, die für seinesgleichen nicht vorgesehen sind. Andererseits sind verschiedene soziale Notstände von der Gesetzgebung noch nicht genügend erfasst und es muss dann die von örtlichen Umständen abhängige allgemeine Sozialhilfe angesprochen werden. Eine andere Gefahr ergibt sich daraus, dass die Sozialleistungen zum größten Teil aus laufenden Staatseinnahmen und nur zu einem geringen Teile aus fondierten Mitteln bestritten werden. Bei der infolge Geburtenrückgängen in etwa zehn Jahren zu erwartenden Verschiebung der Bevölkerungspyramide ist damit zu rechnen, dass eine relativ geringe Zahl arbeitsfähiger Menschen für die immer zahlreicher werdenden alten Jahrgänge aufzukommen haben wird. Aber bis dahin dürften einige Reserven geschaffen werden können.

Jedenfalls hat die Tatsache, dass die Sozialgesetzgebung nicht nur die Lohn- und Gehalts-Empfänger, sondern das ganze Volk - meist sogar ohne Bedarfsprüfung - erfasst, das Verhältnis der Menschen zueinander wesentlich verändert und zur sozialen und politischen Stabilität beigetragen.

Über 41 000 Jugendliche seit Jahresbeginn geflüchtet

sp - Vom Jahresbeginn bis Ende Juli meldeten sich in den Flüchtlingslagern in Westdeutschland und Westberlin 41 324 jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone im Alter von 14 bis 25 Jahren. Diese Zahl liegt aber noch wesentlich unter der Gesamtzahl der tatsächlich geflüchteten Jugendlichen. Ein großer Teil von ihnen hält sich nach gelungener Flucht meist längere Zeit bei Verwandten oder Bekannten auf, bevor eine Meldung im Lager erfolgt, oder sie legalisieren ihren Aufenthalt auf andere Weise, ohne einen Notaufnahmeantrag zu stellen. Die Gesamtzahl der geflüchteten Jugendlichen aus der Sowjetzone im Alter von 14 bis 25 Jahren, die in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nach Westberlin oder Westdeutschland kamen, kann auf mindestens 50 000 geschätzt werden.

Unter den Jugendlichen, die Aufnahmeanträge stellten, befanden sich 11 527 im Alter von 14 bis 18 Jahren und 29 797 im Alter von 18 bis 25 Jahren. Fast alle Jugendlichen gaben als Fluchtgrund die drohende militärische Ausbildung in der "Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) oder in der "Kasernierten Volkspolizei" (KVP) an. Ein Vergleich der Zahlen jugendlicher Flüchtlinge in den gleichen Monaten des Vorjahres und in den einzelnen Monaten von Januar bis Juli dieses Jahres bestätigt, dass die kommunistische Militarisierung in der Sowjetzone die Hauptursache für die Massenflucht der Jugendlichen ist. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sind die Zahlen für 1955 wesentlich höher, ausserdem nehmen sie seit der öffentlichen Aufforderung des SED-ZK im März zum Eintritt in die KVP bzw. in die GST von Monat zu Monat erheblich zu.

In den letzten Monaten traf das SED-Regime verschiedene Massnahmen, um die Massenflucht der Jugendlichen einzudämmen und möglichst ganz zu stoppen. Die Kontrollen wurden verstärkt, Reisen nach Berlin erschwert und Reisegenehmigungen nach Westdeutschland für Jugendliche in zunehmendem Umfange verweigert. Nach vorliegenden Berichten wurde in letzter Zeit ein Teil der Jugendlichen, die sich auf der Flucht befanden, von den Kontrollorganen des Pankower Regimes abgefangen, bevor sie Westberlin oder Westdeutschland erreichten.

Die Massenflucht der Jugendlichen ist jedoch nur eine Form des entschiedenen Widerstandes der Jugend in der Sowjetzone gegen die kommunistische Militarisierung. Aber sie ist ein besonders bezeichnender Beweis dafür, dass große Teile der Jugend in der Sowjetzone, unbeschadet der totalen politischen Beeinflussung, der die Heranwachsenden seit 10 Jahren ausgesetzt sind, für das Regime der Zone verloren sind. Das ist für die verantwortungsbewußten Menschen in Westdeutschland eine Hoffnung und eine Verpflichtung zugleich.

Sechs Jahre Braunschweig-Kolleg

Man schreibt uns:

Als vor nunmehr 6 Jahren von der Niedersächsischen Landesregierung das Braunschweig-Kolleg ins Leben gerufen wurde, machte man damit einen völlig neuen und in der Bundesrepublik einzigartigen Versuch: Jungen Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren, die bereits einen Beruf erlernt und sich in ihm bewährt hatten, sollte die Möglichkeit gegeben werden, in 2jährigem Studium die Hochschulreife zu erwerben.

Zwar ist es für Erwachsene schon vorher möglich gewesen, das Abiturientenexamen nachzuholen, sei es im Selbststudium, sei es auf Abendgymnasien. Aber diese Wege sind nicht für alle gangbar; denn wer tagsüber schwere Berufsarbeit leistet und abends, sogar nachts, studieren soll, muß schon über ungewöhnliche Kräfte verfügen, wenn er das Ziel erreichen will.

Das Braunschweig-Kolleg versucht nun, einen anderen Weg zu gehen. Die jungen Menschen sollen, ohne durch Berufsarbeit behindert zu werden, sich dem Studium widmen können und in einer geistigen Atmosphäre, die sie dauernd umgibt, wirklich geistig ausreifen. Das ist nur unter 3 Bedingungen möglich:

1. Es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ohne Berufsarbeit existieren zu können.
Diese Bedingung erfüllt das Braunschweig-Kolleg, indem es seinen Studierenden freien Unterricht, kostenlose Unterbringung und darüber hinaus einen Unterhaltszuschuß gewährt.
2. Die kurze Zeit von 2 Jahren - es handelt sich meist um Volksschüler - muß intensiv genutzt werden.
Das wird dadurch ermöglicht, dass Studierende und Lehrer zusammen leben und in dieser Lebensgemeinschaft zusammen arbeiten.
3. Die geistigen Anlagen müssen weit über dem Durchschnitt liegen.
Das bedeutet, dass die Auswahl streng sein muß.

Inzwischen haben nun 3 Abiturientengenerationen das Kolleg verlassen. Immer wieder stellten sich die Lehrkräfte die Frage: Gelingt es uns, unsere Studierenden wirklich hochschulreif und sie denen gleich-

wertig zu machen, die eine normale Oberschule durchlaufen haben?

Fazit der Kolleg-Absolventen

Die Diskussion dieser Frage stand im Mittelpunkt eines Wochenendtreffens von Kolleg-Absolventen. Die ehemaligen Handwerker und Angestellten erschienen als Studenten der Theologie, Philosophie, der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Medizin, der Naturwissenschaften und der Pädagogik. Einige aus der ersten Abiturientengeneration haben sogar schon ihr Ziel erreicht und wirken als Volks- bzw. Berufsschullehrer, Dolmetscher und Chemiker.

Alle waren sich darüber einig, dass sie mit dem Abiturientenzeugnis des Kollegs durchaus Hochschulreif geworden sind und sofort den Anschluß gefunden haben. Vielleicht stehen sie den normalen Ober-schulabiturienten auf einigen Gebieten an bloßem Tatsachenwissen nach. Aber das kann schnell nachgeholt werden und wird überdies vollkommen ausgeglichen, wenn nicht gar überholt, durch die größere menschliche Reife und die dadurch bedingte Fähigkeit, sich in viele Probleme selbstständig hineinzuarbeiten und mit ihnen umzugehen.

Diese Reife ist nicht verwunderlich; handelt es sich doch um Menschen, die bereits im Leben gestanden und ihre Lebenserfahrungen gesammelt haben. Erfahrungen, die auch die Arbeitsweise des Kollegs bestimmen. Eine andere Frage war die nach der Wichtigkeit der einzelnen Unterrichtsfächer für die Vorbereitung auf das Hochschulstudium. Auch hier stellten die Kollegabsolventen ihre Erfahrungen zur Diskussion. Zu einem einheitlichen Standpunkt zu kommen, ist hier allerdings nicht leicht möglich. Zu stark spielt die individuelle Veranlagung und die berufliche Zielsetzung eine Rolle. In einem aber haben alle ähnliche Erfahrungen gemacht: Den stärksten Wert für die Formung der Persönlichkeit hat der Deutsch- und Geschichtsunterricht.

Die Kollegsabsolventen wandten sich schließlich noch gegen immer wieder auftauchende Pressemeldungen, in denen das erst 1953 gegründete "Staatliche Institut zur Erlangung der Hochschulreife" in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) als "einmalig in der Bundesrepublik" bezeichnet, das Braunschweig-Kolleg aber nicht erwähnt wird.

Verantwortlich: Peter Raunau